

Weiteres Sterben, Zerstörung und eine humanitäre Katastrophe in Bergkarabach und angrenzenden Gebieten verhindern!

Offener Brief an Bundeskanzlerin Dr. Merkel und Außenminister Maas

An
Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Herrn Außenminister Heiko Maas
Auswärtiges Amt
11013 Berlin

Berlin, 20. Oktober 2020

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,
sehr geehrter Herr Außenminister Heiko Maas,

die aktuellen Kriegshandlungen in Bergkarabach und den angrenzenden Gebieten führen uns erneut schmerzlich vor Augen, wie ein scheinbar ‚eingefrorener‘ Konflikt explodieren kann, wenn seine Bearbeitung zu lange vernachlässigt wird. Der fehlende Nachdruck, mit dem sich z.B. die offiziell für die Konfliktvermittlung zuständige OSZE-Minsk-Group dem Konflikt widmete, hat leider zur momentanen Situation beigetragen.

Selbstkritisch müssen auch wir als deutsche Organisationen, die im Bereich der Friedens- und Dialogförderung in den letzten Jahren zu diesem Konflikt tätig waren, feststellen, dass auch unsere Aktivitäten möglicherweise zu wenig Gewicht auf ein politisches Vorankommen gelegt haben.

Nun beobachten wir eskalierende Kriegshandlungen, Leid und Zerstörung und es droht eine humanitäre Katastrophe. Die Corona-Pandemie und der nahende Winter verschlimmern die Lage der Menschen vor Ort zusätzlich. Ein von Russland vermittelter humanitärer Waffenstillstand ist gescheitert. Unter den Konfliktparteien ist die Einstellung ‚Wir kämpfen bis zum letzten Blutstropfen‘ nach Aussage unserer

Kooperationspartner*innen sehr verbreitet, und es steht sehr zu befürchten, dass dies wörtlich genommen wird. Ohne erhebliche internationalen Einwirkung und aktive Beteiligung wird eine Einstellung oder auch nur Unterbrechung der Kampfhandlungen kurzfristig nicht zu erreichen sein. Die zu erwartende humanitäre Katastrophe wird für die ganze gesamte Region gravierende Auswirkungen haben.

Deutschland und nicht zuletzt auch die Bundeskanzlerin persönlich genießen in den betroffenen Ländern vergleichsweise viel Vertrauen. Dieses Potenzial sollte unbedingt noch stärker genutzt werden. Auch auf den dringenden Wunsch zahlreicher Partner*innen aus den betroffenen Gebieten bitten wir daher die deutsche Bundesregierung:

1. Setzen Sie sich mit Nachdruck für eine Resolution des Weltsicherheitsrates ein. Die bisherige Behandlung des Konflikts im Sicherheitsrat ist erheblich zu schwach.¹
2. Setzen Sie sich mit Nachdruck für den schnellen Aufbau einer OSZE geführten Monitoring Mission ein. Wie das Beispiel Ukraine/Donbas zeigt, ist es möglich, die Zustimmung der Parteien zu einer solchen Mission zu erhalten, noch bevor ein formales Waffenstillstandsabkommen besteht. Dies kann daher ein vergleichsweise gesichtswahrender ‚Anfang vom Ende‘ der Kampfhandlungen sein.²
3. Arbeiten Sie trotz aller sonstigen Schwierigkeiten auch mit Russland und der Türkei zusammen, um auf einen langfristigen Waffenstillstand hin zu wirken. Ein solcher dürfte in der jetzigen Situation nur dann möglich sein, wenn ab sofort konkret und mit absehbaren substanziellen Fortschritten an einer politischen Lösung gearbeitet wird und der Konflikt nicht etwa für weitere Jahrzehnte wieder ‚eingefroren‘ wird.
4. Üben Sie Druck auf alle Konfliktparteien aus, die sich einem solchen Waffenstillstand verweigern. Auch über Sanktionen muss in diesem Zusammenhang nachgedacht werden.
5. Wirken Sie darauf hin, dass die für diesen Konflikt zuständige Minsk Gruppe (inklusive Deutschland, Finnland, Türkei und weiterer Länder) und nicht nur ihre drei Co-Chairs (Russland, USA, Frankreich) stärker als relevantes Verhandlungsformat in Aktion tritt und wahrgenommen wird. Deutschland kann dabei an seine eigene Initiative aus dem Jahr 2016 anknüpfen. Dieses wird einerseits dem Wunsch gerecht, beim Format der Minsk-Gruppe zu bleiben und stärkt andererseits die Rolle anderer Länder. Indirekt nimmt dies auch die Türkei stärker in die Verantwortung. Für die armenische Seite dürfte dies zwar nicht leicht zu akzeptieren sein, wäre aber wahrscheinlich unabdingbar, um die Türkei zu einem konstruktiven Verhalten zu bewegen.³

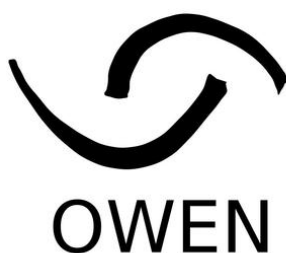
¹ Vgl. <https://www.crisisgroup.org/europe-central-asia/caucasus/nagorno-karabakh-conflict/reducing-human-cost-new-nagorno-karabakh-war>

² ebd.

³ Vgl. den Gastbeitrag von Sabine Fischer und Franziska Smolnik von der Stiftung Wissenschaft und Politik im Tagesspiegel, 12.10.2020: <https://www.tagesspiegel.de/politik/bruechige-waffenruhe-in-berg-karabach-niemand-kann-diesen-konflikt-im-alleingang-loesen/26267936.html>

6. Unterstützen Sie Bemühungen für verstärkte humanitäre Hilfsmaßnahmen vor Ort.
7. Beharren Sie auf einer Umsetzung des OSZE-Waffenembargos aus dem Jahr 1992 gegenüber Ländern, die weiterhin Waffen an die Konfliktbeteiligten liefern oder den Transport entsprechender Lieferungen durch ihr Territorium zulassen. Georgien hat bereits Waffenlieferungen durch sein Territorium unterbunden.
8. Intensivieren Sie die Bemühungen für zivilgesellschaftlichen Austausch, innergesellschaftlichen Dialog und friedensbildende Maßnahmen in der Region. Auch wenn die aktuellen Kampfhandlungen zu einem massiven Vertrauensverlust zwischen den lokalen Akteuren und Gesellschaften geführt hat, ist der (Wieder-)Aufbau von Vertrauen die Grundvoraussetzung für die gesellschaftliche Akzeptanz jeglicher politischer Zugeständnisse.

Getragen von:



OWEN - Mobile Akademie für Geschlechterdemokratie und Friedensförderung e.V.



Plattform Zivile
Konfliktbearbeitung